



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-35
Fernschreiber 039 490

P/X/237 - 13.10.1955

Gemeinsame Außenpolitik ?

F.B. Sechs Jahre lang haben in der Außenpolitik schier unüberbrückbare Gegensätze zwischen Regierung und Opposition bestanden. Kein Mensch kann erwarten, dass die gemeinsame Außenpolitik von heute auf morgen entsteht. Das ist ein langwieriger Prozess und eine ernsthafte Angelegenheit. Diesem Anliegen aber dienen die Kräfte zu wenigsten, die bislang die aussenpolitische Konzeption der SPD verköhnt haben und jetzt, weil die Linie der offiziellen Regierungspolitik ins Schwimmen geraten ist, geradezu einen Einheitsgesang anstimmen.

Ist nun im Auswärtigen Ausschuss eine "vollständige Übereinstimmung" erreicht worden? Zieht man eine nüchterne Bilanz, darn kann man sagen, dass der Ausschuss - auch das ist in der Bundesrepublik schon ein erheblicher Fortschritt - eingehend über die New Yorker Verhandlungen informiert wurde, und dass die anschließende Diskussion nicht mehr die starren Fronten zeigte, sondern dass Meinung und Gegenmeinung sorgfältig abgerogen wurden und sich in dem einen oder anderen Punkte eine Annäherung der Standpunkte abzeichnete.

Dass noch nicht der Frühling der gemeinsamen Außenpolitik angebrochen ist, das zeigte die Presskonferenz des Außenministers am Donnerstag. Schon im Formellen ein Unterschied: Die Regierung hält es für unmöglich, dass Bonn und Pankov in Genf ihre Standpunkte vortragen. Die Opposition ist der Meinung, dass sich die Bundesrepublik nicht die Chance entgehen lassen darf, den deutschen Standpunkt vorzutragen, selbst wenn Pankow ein gleiches gestattet wird.

Den fundamentalen Unterschied aber bestätigte der Bundesaußenminister noch einmal, als er die Entscheidungsfreiheit des wiedervereinigten Deutschlands für NATO - so meinte er es - als den Ausgangspunkt für Genf bezeichnete.

Aber welch ein Wandel der Auffassung zeigt sich schon darin, das Brentano auch der Sowjetunion zugesteht, dass sie andere Vorschläge vorbringt und diese diskutiert werden können. Es ist ein Fortschritt, wenn man die Frage, ob ein von den Vier Mächten vorgeschlagener Status der militärischen Bündnislosigkeit noch die Entscheidungsfreiheit beinhaltet würde, mit "Ja" beantwortet. Bisher gabes darauf nur Propagandantworten, wie "billiger Neutralismus" und "das Spiel Moskaus treiben", zu hören.

Die Fronten beginnen sich zu lockern. Jedermann in der Bundesrepublik hat Grund genug, das zu begrüßen. Jedermann aber sollte auch darauf verzichten, die ersten Ansätze zur gemeinsamen Außenpolitik durch das Inspizieren taktischer Feinheiten zu beeinträchtigen.

Der Entwicklungsprozess aller Bündnisse

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Koalitionen auf vertraglicher Basis hat es schon lange gegeben. Viele von ihnen schließen ein, nachdem der Zweck des Bündnisses erreicht war. Andere lösten sich in der Niederlage auf. Aber auch Allianzen von der Art der "Heiligen" fanden eines Tages ohne militärische Belastung ihr stilles Ende. Selbst die Erscheinung, dass der wichtigste Kriegverbündete von gestern der mutmaßliche Gegner von morgen wird, ist keineswegs einzigartig. Die Sorge vor akuter Bedrohung schuf die atlantische Front. NATO funktionierte, solange Gefahr bestand. Die Politik der Koexistenz hat Störungen in ihr Getriebe gebracht. Nationale Vorbehalte sind aufgetaucht, die an Bestände lehnen.

Heute zeigt die atlantische Organisation Ermüdungserscheinungen. Ihre Ursachen liegen einmal in ihr selbst, vor allem aber in der offenbaren Auflösung der sowjetischen Gefahrenwolke. In Moskau, dem Gegenpol, beurteilte man den Wert der NATO im Laufe der Jahre höchst verschieden; heute lacht man offiziell über die Politik der Stärke, die auf der NATO beruht. Das Gegeninstrument, der Warschauer Pakt, wurde geschaffen und beginnt zu funktionieren. In ihm ist die Integration der militärischen Kräfte gleichgeschalteter Staaten weiter fortgeschritten als im Westen, sie sind praktisch zur Hilfstruppen der sowjetischen Führungsmacht.

Der vorangehende Versuch zur Integration Westeuropas mußte scheitern, weil es dort kein gemeinsames Europa-Gefühl gab. Aber der Streit um die Integration verbrauchte viel politische Kraft, ohne dass der endlich geschaffene Ersatz der Europäischen Union mehr wurde als ein Surrogat. Unter der Realität der Lage und angesichts künstlich erzeugter Entspannung in der Weltolitik liess die Fertigung der militärischen Schutzdecke für das freie Europa sichtbar nach. Sie reicht nicht aus, alle Blöcke zu bedecken. So wird es verständlich, dass SHARP auf die bundesdeutschen Formationen mit Unruhe wartet. Ganz abgesehen von Ausgang der Genfer Außenministerkonferenz, die in Verbindung mit dem kollektiven Sicherheitspakt durchaus eine Reduzierung

des bundesrepublikanischen Kontinents bringen kann, wenn es zu entmilitarisierten Zonen in Mitteleuropa kommt, bleibt der westdeutsche Beitrag noch drei weitere Jahre lediglich ein Wunschbild.

Inzwischen hat die NATO aber mehr Haare lassen müssen als dem Defensivpotential der freien Welt gut ist. Nachdem Frankreich in Indochina seine Kräfte verbraucht hatte, setzt es jetzt in Nordafrika seine NATO-Divisionen und deren Waffen bis zur Abnutzung ein und zuckt nur bedauernd mit den Achseln, wenn Paris auf seine Verpflichtungen aufmerksam gemacht wird. Von den operativen Aufgaben, die sich am europäischen Südostflügel ergeben, wird seit der Räumung Österreichs, der neuen Stellungnahme Jugoslawiens und dem Nachbarnstreit Griechenland-Türkei nur noch resignierend gesprochen. Militärische Zusammenarbeit angesichts der Zurückziehung der Stabsoffiziere und des Land- und Überfliegungsverots von Seiten Griechenlands wird zur Farce. Die militärische Entwertung der NATO ist das neue Signum, mit dem sich die Vertragspartner über kurz oder lang sehr ernsthaft auseinandersetzen müssen.

Der politische weck der atlantischen Organisation leidet naturgemäß unter solchen Einflüssen. Er wird überhaupt fraglich, wenn sich in Genf herausstellt dass die Existenz der NATO das Hindernis ist, die nächstliegenden europäischen Fragen ernsthaft zu lösen. Es sieht nicht so aus, als ob die Sowjets die NATO noch als den schwarzen Mann der Kinder betrachte. Doch drängt sich manchmal der Eindruck auf, als ob sich der Westen mit der Gläubigkeit von Wilden an sie als eine Art Medizinmann hängt.

Entschlüsse scheinen nötig. Entweder ist die Entspannung real; dann tut es ein Kollektivpakt besser. Oder die Koexistenz ist ein taktisches Manöver; dann muß die NATO endlich eine Potenz werden. Solange sie trotz räumlicher Abrundung ein potentieller Torso bleibt, ist sie ein zwar schillerndes, aber wenig wirksames Aushängeschild. Ihre rückläufige Entwicklung, auch für den Osten sichtbar und sicher in seinen künftigen Operationsplänen schon berücksichtigt ist ärgerlicher, als wenn sie gar nicht existierte. So drängt sich der Zwang zur Entscheidung auf, NATO entweder wirkungsvoll zu machen oder die Organisation aufzulösen. In Genf wird das deutlich in Erscheinung treten, denn unter den derzeitigen Umständen kann Herr Molotov auf dem dialektischen Begriff der "imperialistischen Gegensätze" wie auf einem Klavier spielen. Und das wäre nicht gut für die europäische - und deutsche - Sache, die die Westmächte dort zu vertreten haben. * * *

Überlegungen zu einem neuen Osteuropabild

Von Richard Keltner, V.d.B.

Langsam nur wird sich die Erkenntnis durchsetzen, dass die bisherige Außenpolitik der Bundesregierung hinfällig ist und dass man eine bessere, wirksamere Alternative suchen muss. Es geht darum, ein konstruktives Gegenbild zur Adenauerpolitik zu schaffen. Wir werden gelassig regsam sein müssen, wenn wir vorwärtskommen wollen. Vor allem müssen wir allen jenen, die nicht an die Möglichkeit der Wiedervereinigung Deutschlands glauben, unseren festen Glauben an die Überwindung der Teilung Deutschlands entgegensetzen. Obwohl immer stärker die engen Grenzen der Funktionen einer deutschen Armee erkennbar werden, obwohl die Politik der Stärke zur unheilbaren Illusion wird, fehlt doch noch allgemein die Erkenntnis, dass es nur politische Mittel sein können, wenn wir überhaupt unser Ziel erreichen wollen.

Wir haben noch ungenützte Möglichkeiten und Mittel, um die Wiedervereinigung voranzutreiben. Was wir nicht haben, das ist Zeit.

Überlegungen für Vorschläge zur Überwindung der Teilung Deutschlands führen in Gebiete, die zwar nicht unbekanntes Neuland sind, bisher aber zu wenig beachtet wurden. Unter anderem handelt es sich dabei um ein sehr wichtiges Teilgebiet. Die Frage der deutschen Wiedervereinigung und der Ostgrenzen Deutschlands kann nicht losgelöst werden von der Frage der Zukunft der Polen, Tschechen und Slowaken. Es ist die Frage überhaupt, ob die Völker hinter dem Eisernen Vorhang von der freien westlichen Welt abgeschrieben werden können oder nicht und ob sie in eine europäische, föderative Konzeption einbezogen werden sollten. Es ist hier nicht der Platz, die leidvolle und wechselreiche Geschichte dieser Völker aufzuzeigen, so interessant und lehrreich dies auch wäre. Wichtiger ist, den Zustand zu kennen, in dem sich diese Völker heute befinden. Die Frage ihrer Zukunft, die Frage der Freiheitssehnsucht und des Widerstandswillens der Polen, der Tschechen und der Slowaken wird mit abhängig davon sein, ob wir im Westen selbst wirtschaftlich stabil, sozial gerecht, fortschrittlich und überhaupt zukunftsweisend sein können.

Gleichzeitig ist ein langfristiges klares Programm einer kommenden deutschen föderativen Ostpolitik zum gemeinsamen Wohle notwendig. Es ist gar nicht ausgeschlossen, dass England für dieses Programm gewonnen werden kann, das ja selbst in seinen Commonwealth-Aufbau ähnliche Gedanken praktisch verwirklicht hat, wobei zu sagen ist, dass es keine Schematisierung geben kann.

Oder-Neiße Attackés

Es muss vor allem Aufgabe der Vertriebenen sein, eine föderativ gestaltende Ostkonzeption zu entwickeln. Der Ausgang der Moskauer Verhandlungen fordert ein Neubeginnen. Man muss dabei auch wissen, was im Zusammenhang mit der Frage der Oder-Neiße-Linie die polnische und die tschechische Regierung denkt und tut. Die politische Forderung nach der Oder-Neiße-Linie als dauernde Westgrenze Polens wird immer stärker unterstützt durch wissenschaftliche Forschungsergebnisse von Instituten in Breslau und in Thron, die berlegen, dass es sich

13.10.1955

bei den ehemaligen deutschen Gebieten jenseits der Oder und Neisse um angestammte polnische Gebiete handeln. Nicht alle Wissenschaftler dieser Institute sind Kommunisten. Hier aber wirkt die antideutsche Konzeption als eine verbindende Klammer zwischen polnischen Nationalismus und Bolschewismus. Das polnische Westinstitut, so wurde in der Vollversammlung am 28.6.54 von Prof. Z. Wojciechowski erklärt, entstand als Zentrale für die Organisation der wissenschaftlichen Kräfte für die Notwendigkeiten, die sich in Verbindung mit Polens Rückkehr in seine Westgebiete ergaben. Wie man weiter hört, beabsichtigt die polnische Regierung, in die Hauptstädte der westlichen Länder sogenannte Oder-Neisse-Attaches zu senden, um vor allem ein umfassendes Bild von der Vergangenheit der wiedererlangten Gebiete zu geben und um die Stellung des deutschen Revisionismus genau zu beachten. Das Gleiche tut die tschechische Regierung, die dabei von tschechischen Emigranten in Amerika unter der Führung von Dr. Radnour Luza unterstützt wird. In dem "Studienkreis für sudetendeutsche Fragen" wird vor allem versucht, nachzuweisen, dass es im Sudetendeutschen Sektor zum Unterschied von allen anderen Nationen überhaupt kein demokratisches Element gibt.

Die Erarbeitung einer umfassenden Konzeption föderativer Lösungen für den südosteuropäischen Raum wird Sache einiger Fachkommissionen sein, die das gesamte Gebiet völkerrechtlich, sozial, wirtschaftlich und kulturpolitisch ausmessen müssen. Die Grundidee allerdings ist bereits bekannt. Dabei kommen uns unsere eignen Erfahrungen zugute. Eine wichtige Erfahrung ist das Schicksal der Minderheiten. Diese Erfahrung drängt zu der Auffassung, bei einer Neu-Organisation Süd-Ost-Europas an klare Volkstumsgrenzen ohne Minderheiten zu denken, da Minderheiten-Situationen immer wieder mit wenigen Ausnahmen nach einem Kampf um Assimilation und Intervention zu Gewaltlösungen neigen.

Richtungweisende Grundsätze

Bereits im Jahre 1949 haben sudetendeutsche Politiker und Wissenschaftler in Eichstätt eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, die für die weitere Orientierung der sudetendeutschen Volksgruppe richtunggebend sein sollten. Neben der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Nationen oder Volksgruppen bei Anerkennung des Lebensrechtes aller Völker auf der Basis der gleichen Partnerschaft wurde folgendes festgestellt:

"Dabei verkennen wir nicht die historisch-geographischen Gegebenheiten in Böhmen und Mähren und im Karpatenraum. Auch der uralten Schicksalsverbundenheit der Donauvölker sind wir uns nach wie vor bewußt. Keine Neugestaltung Europas kann an dem zentralen Problem einer neuen staatsrechtlichen Ordnung des Donauroumes und der übrigen von der Sowjetunion seit 1945 besetzten und beherrschten Gebiete vorübergehen. Gleichzeitig aber geht es um die Herstellung eines tragbaren Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn. Die Voraussetzung auch dafür wäre die Bereitschaft der Tschechen und Polen, den vertriebenen Deutschen ihre Heimat zurückzugeben. Alle diese Aufgaben können nur im Rahmen einer föderalistischen Gesamtordnung Europas gelöst werden, die jede Hegemoniestellung irgendeiner Großmacht ausschließt. Unsere Landsleute werden bestehen, dass ihr gesamtes Verhalten diesen außenpolitischen Notwendigkeiten unterzuordnen ist." - 6 -

bei den ehemaligen deutschen Gebieten jenseits der Oder und Neisse um angestammte polnische Gebiete handle. Nicht alle Wissenschaftler dieser Institute sind Kommunisten. Hier aber wirkt die antideutsche Konzeption als eine verbindende Klammer zwischen polnischer Nationalismus und Bolschewismus. Das polnische Westinstitut, so wurde in der Vollversammlung am 28.6.54 von Prof. Z. Wojciechowski erklärt, entstand als Zentrale für die Organisation der wissenschaftlichen Kräfte für die Notwendigkeiten, die sich in Verbindung mit Polens Rückkehr in seine Westgebiete ergaben. Wie man weiter hört, beabsichtigt die polnische Regierung, in die Hauptstädte der westlichen Länder sogenannte Oder-Neisse-Attaches zu senden, um vor allem ein umfassendes Bild von der Vergangenheit der wiedererlangten Gebiete zu geben und um die Stellung des deutschen Revisionismus genau zu beachten. Das Gleiche tut die tschechische Regierung, die dabei von tschechischen Emigranten in Amerika unter der Führung von Dr. Radmur Luza unterstützt wird. In dem "Studienkreis für sudetendeutsche Fragen" wird vor allem versucht, nachzuweisen, dass es im Sudetendeutschen Sektor zum Unterschied von allen anderen Nationen überhaupt kein demokratisches Element gibt.

Die Erarbeitung einer umfassenden Konzeption föderativer Lösungen für den südosteuropäischen Raum wird Sache einiger Fachkommissionen sein, die das gesamte Gebiet völkerrechtlich, sozial, wirtschaftlich und kulturpolitisch ausmessen müssen. Die Grundidee allerdings ist bereits bekannt. Dabei kommen uns unsere eignen Erfahrungen zugute. Eine wichtige Erfahrung ist das Schicksal der Minderheiten. Diese Erfahrung drängt zu der Auffassung, bei einer Neu-Organisation Süd-Ost-Europas an klare Volkstumsgrenzen ohne Minderheiten zu denken, da Minderheiten-Situationen immer wieder mit wenigen Ausnahmen nach einem Kampf um Assimilation und Intervention zu Gewaltlösungen neigen.

Richtungweisende Grundsätze

Bereits im Jahre 1949 haben sudetendeutsche Politiker und Wissenschaftler in Eichstätt eine Reihe von Grundsätzen aufgestellt, die für die weitere Orientierung der sudetendeutschen Volksgruppe richtunggebend sein sollten. Neben der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Nationen oder Volksgruppen bei Anerkennung des Lebensrechtes aller Völker auf der Basis der gleichen Partnerschaft wurde folgendes festgestellt:

"Dabei verkennen wir nicht die historisch biographischen Gegebenheiten in Böhmen und Mähren und im Karpatenraum. Auch der uralten Schicksalverbundenheit der Donauvölker sind wir uns nach wie vor bewußt. Keine Neugestaltung Europas kann an dem zentralen Problem einer neuen staatsrechtlichen Ordnung des Donauraums und der übrigen von der Sowjetunion seit 1945 besetzten und beherrschten Gebiete vorübergehen. Gleichzeitig aber geht es um die Herstellung eines tragbaren Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen westslawischen Nachbarn. Die Voraussetzung auch dafür wäre die Bereitschaft der Tschechen und Polen, den vertriebenen Deutschen ihre Heimat zurückzugeben. Alle diese Aufgaben können nur im Rahmen einer föderalistischen Gesamtordnung Europas gelöst werden, die jede Hegemoniestellung irgendeiner Großmacht ausschließt. Unsere Landsleute werden verstehen, dass ihr gesamtes Verhalten diesen aussenpolitischen Notwendigkeiten unterzuordnen ist." - 6 -

Seitdem sind sechs Jahre vergangen. Dabei sind die Schwierigkeiten für eine Neuordnung nicht geringer geworden. Tschechen und Polen verfolgen heute die Entwicklung der europäischen Politik mit Sorge und Aufmerksamkeit. Man fürchtet ein wiedererstarktes Deutschland, aber man fürchtet auch Handelsobjekt der russischen Politik zu werden.

Wir würden unklug handeln, wenn wir gewisse Fortschritte in den tschechischen und polnischen Gebieten übersehen wollten. Es gibt soziale Strukturänderungen, die man zur Kenntnis nehmen muss und die nicht ausserhalb unserer zukünftigen Erwägungen stehen dürfen. Wir sind uns weiter so klaren darüber, dass die politische Entwicklung in Europa vom Teil zum Ganzen in Etappen verlaufen wird. Wie immer die Zukunft sein mag, wir sollten nicht wirklichkeitsfremd an unsere Arbeit gehen. Das föderalistische Europa, die Überwindung des Nationalstaatsgedankens, die Übertragung von Hoheitsrechten auf internationale Gemeinschaften, das alles ist ein Fernziel, aber auch eine Gegenwartsaufgabe, denn ohne dieses Fernziel kann es keine umfassende europäische Konzeption geben.

* * *

Schatten über Friedland

sp - Länder- und Bundesminister kamen zur Begrüssung der Heimkehrer nach Friedland der Präsident des Bundestages gedachte ihrer im Parlament und entbot allen "die heute kommen und noch kommen werden" den freudigen Gruss des deutschen Volkes. Städte und Dörfer, in denen die Heimkehrer beheimatet sind, rüsteten und rüsteten sich zum frohen Empfang. Etwas weniger von feierlichen Worten, dafür mehr der praktischen Taten wäre freilich besser gewesen.

Gleich nach der Bekanntgabe über die Entlassung der bisher zurückgehaltenen Kriegsgefangenen wurde die deutsche Öffentlichkeit mit Versicherungen überschüttet, es sei alles getan worden, um für den Empfang gerüstet zu sein. Aber hat man alles getan? Den zuständigen Stellen mußte doch bekannt sein - auf Grund vieljähriger trauriger Erfahrungen - dass Heimkehrer aus der Sowjetunion nicht gerade im Sonntagsanzug ankommen. Es fehlt ihnen an allernötigsten, an Wäsche, Schuhen, Kleidern, an Geld und Papieren. Die Bewährung einer großzügigen Fürsorge blieb leider - hier aus, denn: es stellt sich nun heraus, dass es an allen Ecken und Enden fehlt und die bisher entlassenen Zivilinternierten angelangt in ihren alten und verärrerten Klamotten herumlaufen müssn. Wie bei Hitlers Rußlandoffensive im November 1941 sollen nur Kleidersammlungen die Lücken behördlicher Unzulänglichkeit ausfüllen. Noch schlimmer ist, dass diese politischen Häftlinge, die oft viele Jahre lang in sowjetrussischen Gefängnissen saßen, nun auf einen langwierigen Behördenweg angewiesen sind, um zu ihrem Recht und zu ihrer Entschädigung für erlittene Unbill zu kommen. Der Bund verweist sie auf die Länder und die Länder wiederum verfügen nicht immer über die gesetzlichen Handhaben, gerade in diesen Fällen rasch einzugreifen. Außererlässt sich die Bürokratie Zeit. Wo bleibt da die ordnende Hand der Länder - und Bundesminister? Dachten sie, es mit feierlichen Reden allein bewerkeln zu lassen?

Verantwortlich: Peter Raunau